

Prof. Dr. Manfred Wilke

Der Osthandel der Bundesrepublik Deutschland und die
ökonomische Krise im Ostblock - Thesen

*The Roots of the Collapse of the Soviet Union and the Eastern
Bloc – Economic Aspects*

Warschau, 16.-18. Mai 2013

Mein Referat bezieht sich vor allem auf die von Bogdan Musial zu Recht hervorgehobene Bedeutung des westdeutschen Osthandels für die Erschließung der Öl- und Gasvorkommen der Sowjetunion und ihre Vermarktung in Westeuropa, namentlich in der Bundesrepublik Deutschland. Hat er die sowjetische Interessenlage in diesen Handelsbeziehungen behandelt, so konzentriere ich mich auf die westdeutsche Seite.

1. Eine Anmerkung zum Selbstverständnis des Osthandels in der Bundesrepublik Deutschland. In der politischen und öffentlichen Diskussion wurde strikt unterschieden zwischen dem innerdeutschen Handel mit der DDR, und dem Handel mit den anderen „Staatshandelsländern“. Im Mittelpunkt des Osthandels stand von Anfang an die Sowjetunion.
2. Die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen waren im Staatsverständnis der Bundesrepublik Deutschland im Unterschied zur DDR kein Außenhandel. Beide Teilstaaten hatten unterschiedliche Wirtschaftsordnungen und Währungen. Die DDR betrachtete den innerdeutschen Handel in Abgrenzung zu dieser deutschlandpolitischen Position der Bundesrepublik als Außenhandel mit dem „nichtsozialistischen Währungsgebiet“. Die innerdeutschen

Wirtschaftsbeziehungen waren durch hohe Transferleistungen der Bundesrepublik an die DDR gekennzeichnet, so dass die DDR im Unterschied zu anderen sozialistischen Staaten über relativ hohe Deviseneinnahmen verfügen konnte. Diese Transferzahlungen setzen sich zusammen aus der Transitpauschale für Benutzung der Verkehrswege zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik, der Finanzierung der Kirchen in der DDR durch Warenlieferungen aus der Bundesrepublik, die in der DDR eins zu eins umgetauscht wurden in Mark der DDR und an die dortigen Kirchen ausgezahlt wurden und schließlich den Einnahmen durch den Freikauf politischer Häftlinge. Die Bedeutung des innerdeutschen Handels im Zusammenhang mit der ökonomischen Krise des sowjetischen Blocks in den 1980er Jahren wird am Beispiel der DDR kurz skizziert.

3. Die Blütezeit des Handels mit der Sowjetunion fiel zusammen mit der neuen Ostpolitik der Bundesrepublik ab 1966. Die großen Röhrengeschäfte zwischen der deutschen Stahlindustrie und der Sowjetunion fanden zwischen 1967 und 1980 statt. Es war die Phase der Teilungsgeschichte in der die Bundesregierungen die Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten nicht mehr ausschließlich unter dem Gesichtspunkt militärischer Bedrohung sahen und entschlossen waren die politische Entspannung zur Sowjetunion mit einer aktiven Außenwirtschaftspolitik zu verwenden. Im Rahmen dieses Politikwechsels vertraten die Bundesregierungen die ökonomischen Interessen des Landes im Osthandel auch gegenüber ihren westlichen Verbündeten.

4. Das erste große westdeutsche Röhrengeschäft mit der Sowjetunion war 1963 an der amerikanischen Embargopolitik gescheitert. Das Embargo der NATO für die Lieferung von Großröhren zum Ausbau des sowjetischen Pipelinenetzes für Gas und Öl verhinderte das vorgesehene Geschäft. Es ging nicht nur um die Verhinderung der Lieferung von strategischen Gütern an die Sowjetunion, sondern im Spiel war natürlich auch die wirtschaftliche Konkurrenz zu den Westdeutschen. Großbritannien und Schweden lieferten dann die Röhren, die die Bundesrepublik aus Bündnisloyalität nicht liefern durften.
Im westlichen Bündnis taten die Bundesregierungen ab 1966 alles, um die Embargopolitik der NATO gegenüber dem sowjetischen Block mit den Interessen des deutschen Osthandels kompatibel zu gestalten. 1968 wurden die Lieferungen von Großröhren von der Embargoliste der NATO gestrichen. Das war eine politische Voraussetzung für die Beteiligung der deutschen Stahlindustrie am Großröhrengeschäft mit der Sowjetunion.
5. Der Osthandel war nach seinem Charakter ein Tausch- oder Kompensationsgeschäft, da die Staatshandelsländer weder über genügend Devisen noch weltmarktfähige Industrie-Produkte verfügten. Ein Beispiel: Als Krupp 1967 eine Anlage zur Herstellung synthetischer Textilfasern baute, bezahlte die Volksrepublik mit der Lieferung von Schweinen und Zucker. Die Sowjetunion aber hatte besonders wichtiges weltmarktfähige Güter, die die Industrie der Bundesrepublik für ihre Produktion dringend brauchte: Rohstoffe und Energieträger wie Erdöl und Gas. Es war klar, die Sowjetunion würde die Stahlröhren für die Pipelines der sowjetischen Energiewirtschaft mit Erdgas bezahlen. Das große Problem bei dem Röhrengeschäft

war und blieb die Zwischenfinanzierung der Herstellung und Lieferung der Röhren. Im ersten Handelsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion 1958 gab es einen engen Kreditrahmen von einem Jahr. Dieser Zeitraum war viel zu kurz, um Projekte dieser Dimension zu finanzieren, zumal die Bundesrepublik als Staat nur von Fall zu Fall Bürgschaften für die gewährten Kredite übernahm. Erst als die Bundesregierung sich entschloss, die Bankkredite für das Ostgeschäft mit staatlichen Bürgschaften zu garantieren, konnten die Röhrengeschäfte abgewickelt werden.

6. Nicht die Regierung der Bundesrepublik war die wirtschaftliche Schaltstelle für den Osthandel, sondern der Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft. Seine Gründer knüpften Anfang der fünfziger Jahre bewusst an den „Russland-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft“ von 1928 an. Es sind Unternehmer und Manager die den durch den Krieg zerstörten Osthandel Deutschlands wieder aufbauen wollten und sich der Kontinuität des deutschen Russlandgeschäfts über die beiden Weltkriege hinaus bewusst waren. Personifiziert wurde diese Kontinuität durch Otto Wolff von Ammerongen und seine Stahlhandelsfirma in Köln. Der Ost-Ausschuss wurde von Anfang an dominiert durch die Stahlindustrie und den Maschinenbau und ihre Verbänden. Schon 1952 kam es zu informellen Kontakten zu sowjetischen Außenhandelsfunktionären. Die sowjetische Seite sicherte schon damals ihren westdeutschen Gesprächspartnern zu, die DDR aus dem Ostgeschäft der Bundesrepublik herauszuhalten. Bis 1966 war der Ost-Ausschuss der Vorreiter in den sowjetisch-westdeutschen Beziehungen.

7. Die Wende im Großröhrengeschäft mit der Sowjetunion vollzog sich 1966. Auf der Hannover Messe bot die sowjetische Seite dem Vorstandsvorsitzenden der Thyssen-Röhrenwerke AG Ernst Wolf Mommsen die Zusammenarbeit bei der Röhrenlieferung für die sowjetischen Pipelines an, um das sibirische Erdgas nach Europa zu transportieren. Daraus wurde ein Dreiecksgeschäft zwischen dem österreichischen Stahlkonzern Voest, Thyssen und dem sowjetischen Außenhandel. Grundlage des Tauschgeschäftes war der Bau einer Pipeline nach Österreich für das Gas und ihre Bezahlung durch die Vermarktung des gelieferten Gases. Dies war das Modell für die zwei weiteren großen Röhrengeschäfte der westdeutschen Konzerne 1970 und 1980, bei denen die Ruhrgas AG eine immer größere Rolle übernahm.
8. Parallel zur Aufnahme der Verhandlungen über den Moskauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion Ende 1969, wurde am 1. Februar 1970 der Abschluss eines Vertrages zwischen Thyssen/Mannesmann und dem sowjetischen Außenhandel über 1, 2 Millionen t Stahlröhren in Wert von über 1 Milliarde DM bekannt. Im Gegenzug vereinbarte die Ruhrgas AG mit ihrem sowjetischen Partner die Lieferung von Erdgas im Wert von 2,5 Milliarden DM über die nächsten 20 Jahre. Die Pipeline lief nicht durch die DDR, sondern durch die CSSR und wurde in Bayern mit in das Pipelinesystem der Ruhrgas AG verbunden. Für Wolf von Ammerongen hatte das spektakuläre Geschäft einen „demonstrativen Charakter“. (Rudolph, S. 294). Diese Bewertung war in strategischer Hinsicht völlig angemessen. Durch die Verknüpfung der Produktion von Röhren für den Pipelinebau mit der Verwertung

sowjetischen Erdgases durch die Ruhrgas AG entstand eine Energiekooperation zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. 1980 wurde sie noch ausgebaut zu einer strategischen Geschäftsverbindung, die das Ende der Sowjetunion überlebt hat.

9. Die SED warnte 1970 vor den strategischen Folgen des neuen Handelsabkommens zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Im Zentralorgan der SED hieß es: Der Ost-West-Handel „sei nicht weniger gefährlich als ein offener Angriff gegen die DDR und beeinträchtigen nur die Beziehungen zwischen Ostberlin und Moskau.“(Rudolph,S. 292) der SED-Generalsekretär Ulbricht war sich sehr wohl bewusst, dass es in Moskau ist keine ausschließliche DDR-Politik gab, sondern nur eine Deutschlandpolitik die an den Interessen der Sowjetunion ausgerichtet war. Nach der Entmachtung Ulbrichts im Mai 1971 verstummten solche Stimmen in Ost-Berlin.
10. 1980 bildeten die Ruhrgas AG als Vermarkter des Erdgases, Mannesmann als Röhren- Produzent und die Deutsche Bank ein Konsortium, das bereit war „ab 1984 jährlich 40 Milliarden m³ sowjetisches Gas abzunehmen.“ Der Vertrag wurde trotz der Raketenkrise zwischen NATO und der Sowjetunion abgeschlossen. In der Sicherheitspolitik war die Bundesrepublik ein loyaler Bündnispartner, während sie im Osthandel gleichzeitig die strategische Energiekooperation mit der Sowjetunion ausbaute. Der Ausbau des sowjetischen Pipelinenetzes, einschließlich der benötigten Pump- und Verdichtungsstationen sollten westdeutsche Firmen in der Sowjetunion installieren. „20 deutsche und etliche ausländische Banken sollten den gigantischen Finanzierungsrahmen von etwa 20 Milliarden DM sicherstellen, denn bezahlt werden sollte die Pipeline erst

mit dem Gas, das durch sie nach Europa floss.“(Jürgerke,S. 251). Trotz des von Ronald Reagan verhängten Embargos für solche Röhrengeschäfte mit der Sowjetunion wurde die Pipeline im Juni 1983 fertiggestellt. Im November des gleichen Jahres hob Reagan das Embargo auf. Zur gleichen Zeit urteilte Wolf von Ammerongen, dass die Volkswirtschaften des Ostblocks „inzwischen abhängig vom Westhandel geworden“ sind. (Jürgerke,S. 258). Eine Gefahr, dass die Sowjetunion die Gaslieferungen nach Westeuropa als Waffe einsetzen würde, hielt er für unwahrscheinlich. Schon von 1970-1975 waren die Schulden der RGW-Staaten im Westen von 16,8 Milliarden DM auf 66,5 Milliarden DM gestiegen. (Jürgerke,S. 251). Die Verschuldung der Staatshandelsländer im Westen schränkte ihre ökonomische Handlungsfähigkeit ein und trug zum ökonomischen Verfall der sozialistischen Staaten entscheidend bei. Ein gutes Beispiel für diese These lieferte die DDR und ihr Ende als Staat.

11. Die Verschuldung der DDR im Westen betrug 1982 25,1 Milliarden Valutamark. Ab Ende der siebziger Jahre konnten die Deviseneinnahmen der DDR die Zinsbelastungen im Devisenbereich nicht mehr abdecken. (André Steiner,S. 195) 1983 sicherte die Bundesrepublik die DDR mit einem Milliardenkredit die Bonität der DDR auf den internationalen Finanzmärkten. Im Gegenzug musste sie die Minensperren an der innerdeutschen Grenze beseitigen. Der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik und deren Transferzahlungen an die DDR beruhten nach Abschluss des Grundlagenvertrages 1972 seitens der Bundesregierung bis zum November 1989 auf dem politisch begründeten Tausch von D-Mark gegen humanitäre Zugeständnisse der SED an „ihre Menschen“. Die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen sollten aus

Sicht der Bundesrepublik dem Zusammenhalt der geteilten Nation dienen.

1981 kürzte die Sowjetunion die Erdöllieferungen an die DDR drastisch und verlangte im RGW insgesamt von allen sozialistischen Staaten, dass sie sowjetisches Öl zu Weltmarktpreisen kaufen mussten. Damit wurde aber ihre Abhängigkeit vom Westhandel erhöht und und ihre Verschuldung im Westen stieg. Eine Studie des MfS zur Verschuldung der DDR im westlichen Ausland kam 1982 zu dem Ergebnis, „dass die DDR aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage ist, mit ökonomischen Mitteln eine grundlegende Änderung der eingetretenen Situation herbeizuführen und die Probleme der Zahlungsbilanz mit dem Nichtsozialistischen Wirtschafts-Währungsgebiet (NSW) dauerhaft zu lösen.“¹ Polen und Rumänien waren schon seit 1981 faktisch zahlungsunfähig und bekamen keine Kredite mehr auf dem Kapitalmarkt, der DDR droht das gleiche Schicksal.

Ein besonderes außenpolitisches Ziel von Generalsekretär Honecker war der Staatsbesuch in der Bundesrepublik. Im Dezember 1981 fuhr Bundeskanzler Helmut Schmidt zu einem deutsch-deutschen Gipfeltreffen in die DDR. Am 13. Dezember 1981 lud er den SED-Generalsekretär Honecker zum Gegenbesuch nach Bonn ein. Es war ein symbolträchtiger Tag: in Polen wurde das Kriegsrecht verhängt, Solidarnosc unterdrückt, und die SED verwandelte Güstrow in eine belagerte Stadt, als dort Schmidt den Dom besuchte. Moskau blockierte bis 1986 diesen Besuch in Bonn. Die Sowjetunion misstraute vor allem der wachsenden Abhängigkeit der DDR-Wirtschaft vom innerdeutschen Handel und deren mögliche politische Folgen. Dies wurde überdeutlich beim Gipfeltreffen von Honecker und dem sowjetischen Generalsekretär Konstantin Tschernenko 1984. Bundeskanzler Kohl hatte Honecker zum Besuch nach Bonn eingeladen und der

¹ Hans-Hermann Hertle, Konrad H. Jarausch (Hg.): Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker-Breshnew 1974 1982, Berlin 2006, S. 51.

SED-Generalsekretär wollte die Linie seiner Gespräche mit Tschernenko abstimmen.

Das Gipfeltreffen wurde zu einem Debakel für Honeckers Reisepläne. Nicht Kooperation sondern Abgrenzung forderte KPdSU-Generalsekretär Tschernenko von seinem Gast: „Die Lage selbst, die Positionen Bonns diktieren die Notwendigkeit der Linie der Abgrenzung.“² Zur Lage gehörten für ihn auch die „finanzielle Abhängigkeit der DDR von der BRD. Die Ereignisse in Polen sind eine schwerwiegende Lehre, aus der man Schlussfolgerungen ziehen sollte. Wir sollten der Wahrheit ins Auge schauen.“ Die Position der Bundesrepublik wurde gestärkt, während „die DDR in keiner der großen Fragen, die uns wichtig sind, vorangekommen ist. Ist denn Bonn zum Beispiel nachgiebiger geworden in der Frage der Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR. [...] Im Gegenteil, durch die Gewährung der Kredite zementiert die BRD ihre negative Position in diesen und anderen Fragen.“³

Was den geplanten Besuch in Bonn anging, zählte der sowjetische Parteichef all die Gründe auf, die gegen ihn sprachen. Honecker verstand, er durfte nicht fahren.

Innerhalb der SED hatte dieses Treffen auch personelle Konsequenzen, Herbert Häber, Honeckers Beauftragter für die engen Verbindungen zu westdeutschen Politikern aller Parteien, verlor seinen Sitz im Politbüro und alle Funktionen. Er war das Bauernopfer und Schalk-Golodkowski sein Erbe.

Im Herbst 1989 musste Honecker unter dem Druck von Massendemonstrationen von seiner Funktion als Generalsekretär der SED zurücktreten und seinen Platz nahm Egon Krenz ein. Nach einer überfälligen und im Ergebnis niederschmetternden Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Lage der DDR, fuhr er zum Antrittsbesuch nach Moskau. Das Gespräch mit KPdSU-Generalsekretär

² Niederschrift über das Geheimgespräch zwischen Erich Honecker und Konstantin Tschernenko in Moskau am 17. August 1984, in: Die Häber-Protokolle, ebenda, S. 399.

³ ebenda, S. 408.

Michael S. Gorbatschow endete am 1. November 1989 für Krenz unbefriedigend. Die erhoffte wirtschaftliche Hilfe bekam er nicht. Gorbatschow riet ihm, sich um finanzielle Hilfe an die Bundesregierung zu wenden; aber auch die Sowjetunion wolle Kredite von Bonn. Nach Rückkehr aus Moskau wurde sein Beauftragter für die Beziehungen zur Bundesrepublik Alexander Schalck-Golodkowski in Bonn vorstellig. Im Kanzleramt eröffnete er seinen Gesprächspartnern: Die DDR benötige Investitionskredite bis zu zehn Milliarden DM und eine dauerhafte Beteiligung der Bundesrepublik an der Regulierung ihres Schuldendienstes bei westlichen Banken in Höhe von zwei bis drei Milliarden DM. Außerdem bat er um die Einrichtung eines Reisefond, um Reisende aus der DDR einmal jährlich mit 300 DM ausstatten zu können.⁴ Dieses finanzielle Hilfeersuchen der neuen SED-Führung lehnte Bundeskanzler Kohl ab. In seiner Rede zum Bericht zur Lage der Nation am 8. November 1989 -einen Tag vor dem Mauerfall- verband er die grundsätzliche Zusage der wirtschaftlicher Hilfe für die DDR mit seiner Aufforderung zur Kapitulation der SED: „Wir sind zu umfassender Hilfe bereit, wenn eine grundlegende Reform der politischen Verhältnisse in der DDR verbindlich festgelegt wird. Die SED muß auf ihr Machtmonopol verzichten und sie muß freie Wahlen und damit die freie Zulassung von Parteien verbindlich zusichern. Unter diesen Voraussetzungen bin ich auch bereit, über eine neue Dimension unserer wirtschaftlichen Hilfe zu sprechen. (...) Einen grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Wandel in der DDR zu fördern, ist unsere nationale Aufgabe.“⁵ Der Plan von Krenz, durch finanzielle Hilfe der Bundesrepublik die Macht der SED in der DDR zu stabilisieren, war damit gescheitert. Ein Jahr später war Deutschland wieder vereinigt. Der demokratische Kernstaat Bundesrepublik hatte den

⁴ Vgl. Hans-Hermann Hertle: Der 9. November 1989 in Berlin, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Bd. VII,1, ebenda, S. 787-872, hier S. 835

⁵ Ebenda

Systemkonflikt mit der kommunistischen Diktatur in der DDR für sich entschieden.